

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Ines Mannagottera
Zimmer.: 239
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: ines.mannagottera@lkbra.de

Brake, den 28.11.2013

Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		SoziA/09/2013
Ausschuss für Soziales und Gesundheit		
am Mittwoch	Sitzungsdauer	Ort
27.11.13	16:30:00 bis 18:20:00 Uhr	Kreishaus, großer Sitzungssaal, Poggenburger Straße 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Dr. Hans Schmid
Thomas Bartsch
MdL Horst Kortlang
Volker Osterloh
Dragos Pancescu
Wolf Rosenhagen
Ursula Schinski
Uwe Thöle
Andreas von Lübken
Angelika Zöllner

Ausschussvorsitzender
In Vertretung für Herrn Hashagen
Ausschussmitglied
In Vertretung für Frau Wiesensee
Ausschussmitglied
In Vertretung für Frau Tiarks
Ausschussmitglied
In Vertretung für Herrn Hespos
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied

Beratende Mitglieder (Grundmandat)

Walter Erfmann

Ausschussmitglied

Beratende Mitglieder

Peter Deyle
Dr. Gesa Hansen
Ingo Holtz

Vertr. DRK
Vertr. Behindertenbeirat
Vertr. Sozialverband VDK

Manfred Krüger
Christine Sassen-Schreiber
Karin Schelling-Carstens
Ralf Bunten

Vertr. Sozialverband Deutschland
Vertr. Wohlfahrtsverbände
Vertr. Diakonisches Werk Wesermarsch
Vertr. Caritasverband

von der Verwaltung

Volker Blohm
Hans Kemmeries
Olaf Michels
Ingrid Miodek
Matthias Sturm

Leiter FD 53 - Gesundheit
Erster Kreisrat
Stellv. Leiter FD 50 - Soziales
Leiterin FD 50 - Soziales
Ref. 91 - Büro des Landrats, Protokollführung

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Ahmet Akdogan
Dieter Hashagen
Günter Hespos
Hille Tiarks
Theresa Wiesensee

Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
stellv. Ausschussvorsitzende

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 28.08.2013
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Hospiz- und Palliativversorgung im Landkreis Wesermarsch
Vorlage: 2013/FD53/012
- 6 Konzept des Landes Niedersachsen "Senioren- und Pflegestützpunkte"
Vorlage: 2013/FD50/019
- 7 Teilergebnishaushalt 2014 des Fachdienstes 50 Soziales
Vorlage: 2013/FD50/018
- 8 Teilergebnishaushalt des Fachdienstes Gesundheit
Vorlage: 2013/FD53/011
- 9 Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

1	Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
---	---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2	Feststellung der Tagesordnung
---	-------------------------------

Die Tagesordnung wird ohne Einwände festgestellt.

3	Genehmigung der Niederschrift vom 28.08.2013
---	--

Die Niederschrift über die Sitzung vom 28.08.13 wird in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

4	Einwohnerfragestunde
---	----------------------

- keine Wortmeldungen -

5	Hospiz- und Palliativversorgung im Landkreis Wesermarsch Vorlage: 2013/FD53/012
---	--

Herr Kemmeries gibt einen ausführlichen Sachstandsbericht ab. Hinsichtlich der ambulanten Hospizarbeit seien Gespräche mit beiden Hospizen (Nordenham und Brake) geführt worden. Die Verwaltung habe eine Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten zugesagt.

Die Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung (SAPV) kann im Haushalt des schwerstkranken Menschen oder seiner Familie oder in Einrichtungen erbracht werden. Sie ist von einem Arzt zu verordnen und umfasst ärztliche und pflegerische Leistungen. Hierzu wurde das Palliativ Netzwerk Wesermarsch vor kurzem gegründet. Deren Satzung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Neben einer Anschubfinanzierung wird auch eine Unterstützung bei den anstehenden Aufgaben nötig sein. Hierzu habe die Verwaltung Hilfestellungen, insbesondere fachliche und personelle Begleitung bei Verhandlungen mit den Krankenkassen, signalisiert.

Stationäre Hospize sind eigenständige Einrichtungen (Träger Selbstverwaltung) mit mindestens 8 und höchstens 16 Betten. Als Richtgröße gelten 1 Platz je 100.00 Einwohner (z. B. Bremerhaven) oder auch 50 Plätze je 1 Mio. Einwohner (Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin). Bezogen auf die zweiten Variante würde dies für die Wesermarsch 5 bis 6 Plätze bedeuten (stationär und Krankenhaus). Im näheren Umkreis der Wesermarsch (Jever, Westerstede, Oldenburg, Falkenburg) stünden derzeit 36 Plätze zu Verfügung (für 600 Tsd. Einwohner inkl. Wesermarsch).

Der nächste Sachstandsbericht wird im Rahmen der nächsten Fachausschusssitzung erfolgen auf Basis der gegenwärtigen gesetzlichen Regelung. Es bleibe abzuwarten, ob ein Träger bereit sei, eine solche stationäre Einrichtung zu betreiben.

Abgeordneter Erfmann stellt die Frage nach einer jetzigen Positionierung des Ausschusses auf Basis der Forderung nach einer wohnortnahen Hospiz- und Palliativversorgung. Zusammen mit der Verwaltung besteht Einvernehmen, dies derzeit nicht zu tun angesichts der Situation, dass noch kein potenzieller Träger erkennbar sei. Der Ausschuss werde sich zudem fortlaufend inhaltlich mit dem Thema befassen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6	Konzept des Landes Niedersachsen "Senioren- und Pflegestützpunkte" Vorlage: 2013/FD50/019
----------	--

Frau Miodek erläutert das endgültige Konzept des Landes für die Zusammenführung zu gemeinsamen Senioren- und Pflegestützpunkten (Tischvorlage; als Anlage beigefügt). Der Landkreis als Träger erhalte eine Förderung von 40 Tsd. Euro zzgl. 30 Tsd. Euro von den Pflegekassen. Eine Förderrichtlinie des Landes werde derzeit erstellt und soll bis Jahresende vorliegen. Danach werde der Landkreis dies beantragen.

Eine Beteiligung der Städte und Gemeinden erfolge über die Einbindung in das Netzwerk. Die Seniorenberater seien zudem bei den Kommunen angestellt. Eine finanzielle Unterstützung der Kommunen sei darüber hinaus nicht zu leisten.

Kooperationen mit Seniorenbeiräten fänden derzeit noch nicht statt, später gäbe es eine enge Zusammenarbeit. Die Schulung der Ehrenamtlichen finanziere das Land.

Nach der Konzeption des Landes erbringen die Senioren- und Pflegestützpunkte insbesondere Beratungsleistungen.

Eine erneute Darstellung im Gesamtzusammenhang sagt die Verwaltung für den nächsten Fachausschuss zu.

Herr Kemmeries ergänzt, dass der Senioren- und Pflegestützpunkt mit 20 Tsd. Euro in Ertrag und Aufwand im Haushalt 2014 beplant wird (Arbeitsaufnahme ab 01.07.14), für die Folgejahre dementsprechend mit jeweils 40 Tsd. Euro.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

7	Teilergebnishaushalt 2014 des Fachdienstes 50 Soziales Vorlage: 2013/FD50/018
----------	--

Frau Miodek stellt die Entwicklungen der Aufwendungen und Erträge 2012-2014 für den Teilhaushalt des FD 50 vor (s. Anlage).

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Über drei vorgelegte Anträge (freiwillige Leistungen) wird gesondert abgestimmt:

a) Antrag der DMSG über 1.000,- Euro. Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen (Beschlussvorschlag).

Der Antrag der DMSG wird – einstimmig – abgelehnt.

b) Antrag der Bürgerstiftung Nordenham. Die Verwaltung empfiehlt, für die Jahre 2014 bis 2017 jeweils 2.000,- bereit zu stellen (Beschlussvorschlag).

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

c) Antrag der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Elsfleth. Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen (Beschlussvorschlag).

Der Antrag der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Elsfleth wird mehrheitlich (3 Gegenstimmen) abgelehnt.

Herr Michels erläutert im Anschluss die haushaltsmäßigen Entwicklungen und Beplanungen im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes (Anlage, wie oben).

Zur Nachfrage des Abgeordneten Bartsch nach der Höhe der KdU wird auf das zuständige JobCenter verwiesen.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Hansen zur Quote der Ablehnungen für Anträge auf barrierefreies Wohnen, verweist Frau Miodek auf eine verhältnismäßig niedrige Ablehnungsquote, bedingt durch die gesetzlich vorgeschriebene begrenzte Anrechnung von Vermögen und Einkommen im Rahmen der Eingliederungshilfe (im Gegensatz zur Hilfe zur Pflege).

8	Teilergebnishaushalt des Fachdienstes Gesundheit Vorlage: 2013/FD53/011
----------	--

Herr Blohm erläutert den Teilergebnishaushalt des Fachdienstes Gesundheit. Zu Einzelheiten wird auf die Erläuterungen verwiesen, die bereits der Einladung beigelegt waren.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Über vier Einzelanträge (freiwillige Leistungen) wird gesondert abgestimmt:

a) Antrag **Hospizhilfe Nordenham e.V.** über 5.000,- Euro. Die Verwaltung schlägt vor, dem Antrag mit 5.000,- Euro jeweils für die Jahre 2014 bis 2016 zuzustimmen (Beschlussvorschlag). Auf Nachfrage der CDU-Fraktion verweist Herr Kemmeries auf eine zu gewährende Planungssicherheit für den Antragsteller. Es handele sich hier um eine nicht fallzahlenrelevante institutionelle Förderung für im wesentlichen Fixkosten, wie Miete und Fortbildungskosten. Eine Berücksichtigung im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung schließe zudem nicht aus, dass diese freiwilligen Leistungen jährlich revidierbar wären.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

b) Antrag des **Hospizdienstes der Diakonie** über 5.000,- Euro. Die Verwaltung schlägt vor, dem Antrag mit 5.000,- Euro jeweils für die Jahre 2014 bis 2016 zuzustimmen (Beschlussvorschlag).

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

c) Antrag des **Palliativ Netzwerks Wesermarsch e.V.** über eine einmalige Anschubfinanzierung von 6.000,- Euro. Die Verwaltung schlägt vor, dem Antragsteller im Gleichklang mit den anderen Anträgen einmalig 5.000,- Euro zu gewähren (Beschlussvorschlag).

Dem Antragsteller wird - einstimmig – ein einmaliger Zuschuss i.H.v. 5.000,- gewährt.

Die Mittelverwendung soll vom Zuschussempfänger dokumentiert und belegt werden.

d) Antrag des Trauertreffs Sonnenblume e. V. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag mit Hiblick auf diverse Trauertreffs, die eher auf privater oder kommunalen Ebene gegründet sind, abzulehnen (Beschlussvorschlag).

Der Antrag des Trauertreffs Sonneblume e. V. wird – einstimmig – abgelehnt.

Auf Anregung des Abgeordneten Rosenhagen werden die Zuschussempfänger zu a) bis c) in einem der nächsten Fachausschüsse 2014 ihre Arbeit vorstellen. Abgeordnete Zöllner schlägt vor, die Einrichtungen zu besuchen.

Auf Nachfrage des Abgeordneten Pancescu sagt Herr Kemmeries zu, das Thema **Tod eines Nicht-Seßhaften in Nordenham** bei einem nächsten Treffen mit den Städten und Gemeinden anzusprechen, verweist jedoch auf die ordnungsrechtliche Eigenzuständigkeit der Kommunen.

Dr. Schmid
Ausschussvorsitz

Sturm
Protokollführung